	Einleitung	7
	Zum Aufbau des Buches	17
1	Europa im Trend?	21
	Demokratisierung und Entdemokratisierung nach 1989	21
	Demokratische Erosion	24
	Die Ursachen der Visegrád-Rebellion	28
2	Die Gegenunion und die Entdemokratisierung	35
	Der Staat als Beute	35
	Die Slowakei: Korporatistischer Mafiastaat	38
	Tschechien: Pseudoliberaler Oligarchie	46
	Ungarn: Chauvinistischer Einparteiensstaat	54
	Polen: Klerikaler Neo-Bolschewismus	62
	Demokratien: Neues vom Doppelstaat	70
	Politischer Kapitalismus	75
	Im Zeichen des Virus	81
3	Noch ist Visegrád nicht verloren	87
	Zur Lage der Zivilgesellschaft	87
	Die Slowakei: »Für eine anständige Slowakei«	90
	Tschechien: »Eine Million Augenblicke für Demokratie«	94
	Ungarn: »Das System gefällt mir nicht«	101
	Polen: »Es ist Warschau, nicht Budapest«	110
	Im Zeichen des Regenbogens:	
	Gegen Maskulinität und Patriarchat	116
	Warten auf die grüne Welle?	120
	Millennials – neue Kraft für die Opposition?	123
	Wahlen der Entscheidung	126
4	Achtung, Europa!	131
	Zurück aus Jalta	134

Visegrád in Europa	137
Europa gegen Visegrád	140
Widerstand gegen die demokratische Regression	145
Geopolitischer Ausblick	152
Nachwort: Die Renaissance Mitteleuropas?	163
Dank	167
Visegrád in Zahlen	168
Anmerkungen	171

EINLEITUNG

Visegrád (deutsch: Obere Burg) gibt es, unterschiedlich akzentuiert, zweimal: Serbisch-kyrillisch heißt Višegrad eine Kleinstadt im östlichen Bosnien, berühmt geworden durch den Roman *Die Brücke über die Drina* von Ivo Andrić und Fluchtpunkt von Saša Stanišićs preisgekröntem Roman *Herkunft*. Ungarisch heißt Visegrád eine Donaustadt nördlich von Budapest, die nach dem Treffen dreier Staatsoberhäupter am 15. Februar 1991 zu einem europäischen Topos wurde. Auf derselben Burg, auf der sich 1335 die Könige von Böhmen, Ungarn und Polen getroffen hatten, verabredete der damalige Regierungschef von Ungarn, József Antall, mit den Staatspräsidenten Polens, Lech Wałęsa, und der damals noch vereinten Tschechoslowakei, Václav Havel, die nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs auftretenden Probleme gemeinsam lösen zu wollen. Und sie wollten das Gewicht ihrer Länder in den Wirtschafts- und Militärbündnissen zur Geltung bringen, in welche diese Staaten drängten. Am Ende des Jahrzehnts traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei, die Slowakei (seit 1993 unabhängig) 2004; im gleichen Jahr wurden alle vier Staaten Mitglieder der Europäischen Union.

Mit der doppelten Osterweiterung schien der Traum der Verwestlichung vieler Protagonistinnen* der politischen Opposition in Erfüllung zu gehen, da sie sich zum einen von der Demokratie individuellen Wohlstand und kollektive Sicherheit erhofften, zum anderen erwarteten, dass »Ostmitteleuropa« insgesamt und alle seine Nationen den verdienten Rang in der Gemeinschaft der Völker zurückerhalten würden. Jalta – der historische Name der Teilung Europas in einen privilegierten, reichen Westen und einen in realsozialistische Misere versinkenden armen Osten – sollte endlich Geschichte sein.

Das informelle Bündnis von 1991, das wir kurz Visegrád Four oder ganz kurz V4 nennen, war anfangs nicht mehr als eine schwache

* Im Folgenden werden wir abwechselnd männliche und weibliche Personenbezeichnungen verwenden, was neutrale und diversgeschlechtliche Personen einschließt.

Koalition heterogener Staaten, die sich in ihrer jüngeren Vergangenheit keineswegs immer einig gewesen waren. Denn die imperialen Grenzziehungen im 19. und 20. Jahrhundert bargen enormen historischen Zündstoff. Lange blieb V4 weitgehend bedeutungslos. Bei der Beitrittsverhandlung der V4-Länder mit der EU spielte die Koalition kaum eine Rolle. Doch nach 2015 entwickelte sich die Visegrád-Gruppe, wie sie offiziell heißt, in ein markantes Beispiel beziehungsweise Vorbild für eine EU der »verschiedenen Geschwindigkeiten«. Sie stand und steht in strikter Opposition vor allem gegen die Migrations- und Asylpolitik der Gemeinschaft und wendet sich insbesondere gegen jede (weitere) Abgabe nationalstaatlicher Souveränität an »Brüssel«, das manche als »EUdSSR« verhöhnnten. Zugleich beanspruchten V4 gern Gelder aus dem EU-Budget, die häufig Korruptionsnetzwerke der führenden Politiker und politiknahe oligarchische Strukturen in den Ländern alimentieren. V4 versuchte im »Austerlitz-Format« zeitweise auch Österreich einzubeziehen – in ein mitteleuropäisches Binnenbündnis auf dem Gebiet der ehemaligen k. u. k. Habsburger-Monarchie, das in EU-Verhandlungen zunehmend als »Vetospieler« agierte. 2020 schlug sich der slowenische Ministerpräsident Janez Janša der V4-Connection zu und verfolgte bis zu seiner Abwahl 2022 ein Projekt der illiberalen Demokratie gegen europäische Werte und Institutionen, die er als »kulturellen Marxismus« einstufte.

Der ungenierteste Verfechter dieser Binnenopposition war und bleibt Ungarns Premierminister Viktor Orbán. Er bilanzierte und prognostizierte 2017 in einer programmatischen Rede: »Vor 27 Jahren haben wir Mitteleuropäer geglaubt, dass Europa unsere Zukunft ist. Heute spüren wir, dass wir die Zukunft Europas sind« (*Die Presse*, 01.08.2017). Er verfolgt damit nicht die herkömmliche Exit-Option: Kein Visegrád-Staat bereitet aktiv den EU-Austritt vor – die finanziellen und ökonomischen Vorteile sind schlicht zu groß und sie fördern faktisch die autoritären Herrschaftsstrukturen in V4. Es geht Orbán vielmehr um eine *andere* Union: eher Staatenbund als Bundesstaat, nationale Souveränität statt transnationale Vergemeinschaftung, Wahl-Autokratie statt liberale Demokratie. Dieser Anspruch bezeugt nicht nur das gewachsene Selbstbewusstsein des nun schon dreimal (nach 2014 und 2018) im Amt bestätigten Ministerpräsidenten, er ist auch weiterhin als erpresserische Drohung zu verstehen, sollte sich die EU weiter in eine säkulare, für Flüchtlinge aus dem globalen

Süden offene Staatengemeinschaft entwickeln. Dagegen profilierte sich Orbán als Repräsentant eines christlichen »Europa der Vaterländer«, eine Art neues Abendland, das sich nach außen vor allem gegen muslimische Migranten abschottet und offensiv die Variante einer »illiberalen Demokratie« verfiht. Orbán war auch nicht zufällig der *spiritus rector* einer antisemitischen Kampagne gegen den als Kind aus Ungarn vertriebenen US-Philanthropen George Soros. Er gilt den Rechtspopulisten weltweit als »Globalist«, als entwurzelter Kosmopolit und Ahasver *redivivus* – ein paranoides Zerrbild, das auch in anderen V4-Staaten zum Teil den virulenten Juden Hass nährt.

Stellte der 24. Februar 2022 auch für diese Region eine »Zeitenwende« dar? Sogleich haben die V4 und weitere Nachbarn der Ukraine, speziell Polen, Millionen Geflüchtete aufgenommen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine wird nun entscheiden, ob Visegrád auf den westlichen Weg zurückfindet oder in einer instabilen Zwischenlage verbleibt. Die inneren Differenzen sind jedenfalls deutlicher geworden.

Viktor Orbáns Moskau-Besuch kurz vor der Invasion war nicht seine erste Visite. Ungarn hatte bereits 2014 die EU-Sanktionen gegen Russland kritisiert und die Suche der EU-Länder nach einem Konsens gegenüber Putins Regime hintertrieben. Es ging dabei stets um billiges Gas und billige Kredite, aber auch um alte Rechnungen mit der Ukraine. 2018 hatte das ungarische Konsulat im westukrainischen Berehove ungarische Pässe an ukrainische Bürger ausgestellt, eine eklatante Verletzung der ukrainischen Gesetze und eine prorussische Provokation, da die Ukraine Doppelstaatsbürgerschaften nicht anerkennt. Orbán suchte in Moskau Schutz vor der Kritik aus Brüssel und Washington in der Ära nach Trump am Demokratieverfall in seinem Land. Ungarn verbreitete auch nach dem 24. Februar 2022 russische Kriegspropaganda in den staatskontrollierten Medien. Zugleich wurde Präsident Selenskyj zum Rücktritt aufgefordert und Verständnis für die Lage der russischen Minderheit in der Ukraine geäußert, mit dem Hinweis auf die angebliche Diskriminierung der ungarischen Minderheit in der Ukraine. Die Bewaffnung von zivilen Freiwilligen wurde mit dem NS-Volkssturm gleichgesetzt¹, und zu Verbrechen wie der Bombardierung eines Kinderkrankenhauses in Mariupol und dem Massaker von Butscha präsentierten ungarische Medien jeweils die russische Lesart. Ungarische Medien blieben nach Orbáns Wahlsieg am 3. April 2022 der verlängerte Arm der russischen Propaganda

und Desinformation in der EU und der NATO. Mehr noch: Ungarn diente als Basis für geheimdienstliche Aktivitäten Russlands in der Region, während andere Länder russische, als Diplomaten getarnte Geheimdienstler auswiesen. Nach Berichten des investigativen Onlineportals *Direkt36* hatte der russische Geheimdienst schon im Januar 2022 das Informationssystem des ungarischen Außenministeriums gehackt, um Zugang zu geheimen EU- und NATO-Unterlagen zu erhalten. Obgleich dies den ungarischen Behörden bekannt war, gab es offenbar keine offiziellen Proteste der Regierung gegenüber Russland.² Hingegen wurde im April 2022 die ukrainische Botschafterin ins ungarische Außenministerium einbestellt mit der Begründung, es sei »an der Zeit, dass die ukrainischen Führer mit der Beleidigung Ungarns aufhören«. Vor diesem Hintergrund kann man Ungarn als Putins Statthalterregime bezeichnen – ein EU- und NATO-Mitglied als trojanisches Pferd in den westlichen Bündnissen. Dazu passt Orbáns Slogan: »Das ist nicht unser Konflikt«.

Den klaren Gegenpol der V4 bildet in dieser Hinsicht Tschechien. Die politische Elite war vor der Invasion gespalten, Miloš Zeman, Präsident der Tschechischen Republik, und Andrej Babiš, Premierminister bis 2021, waren dem Kreml verbunden. Erst vor kurzem wurde bekannt, dass wichtige Ermittlungsunterlagen über eine Explosion im Munitionsdepot 2014 in Vrbětice aus den Panzerschänken des Präsidentschaftsamt verschwunden sind, vermutlich, weil Zeman diese schredern ließ. Hinter dieser Explosion vermutet man den russischen Militärgeschwader GRU, da die Munition für die Ukraine bestimmt war. Die Staatsanwaltschaft, die sich nach dem Regierungswechsel in Prag von den Seilschaften Zemans und Babiš' gelöst hat, ermittelt. Anders als Ungarn hat die neugewählte Regierung Tschechiens nicht nur die russische Propaganda blockiert, sondern sich auch kritisch gegenüber Ungarn geäußert. Ende März 2022 sagte das Verteidigungsministerium ein Treffen mit V4-Kollegen in Ungarn ab; Ministerin Jana Černochová räumte auf Twitter ein: »Ich habe die V4-Gruppe immer unterstützt und es tut mir sehr leid, dass billiges russisches Öl ungarischen Politikern jetzt wichtiger ist als ukrainisches Blut«. Daraufhin sagten die Verteidigungsminister zunächst Polens, dann auch der Slowakei ihre Teilnahme ab. Wenig später entschied sich Tschechien mehrere Dutzend Panzer sowjetischer Bauart T-72 sowie BMP-1 Schützenpanzer an die Ukraine zu liefern, was die NATO

dazu bewegte, Panzer als defensive Waffen einzustufen. Mit der Begründung, Tschechien wolle »den Mördern mit dem Buchstaben Z das Leben nicht einfacher machen« wurde das Land, das sich noch gut an die blutige Niederschlagung des Prager Frühlings erinnern kann, zum Vorreiter der politischen und militärischen Hilfeleistung für die Ukraine.

In der Slowakei, wo die russische Propaganda über soziale Medien besonders stark und wirksam ist, gehörte Ex-Premier Robert Fico mit seiner SMER-Partei zu den wichtigsten Putin-Freunden. Nachdem er 2018 über seine Verwicklungen in Korruptionsnetzwerken und mafiösen Strukturen stürzte, warb er als einer der Oppositionsführer mit rechtsradikalen Parteien für vorgezogene Neuwahlen mit dem Versprechen, im Erfolgsfall die NATO-Truppen aus dem Gebiet der Slowakei zu verbannen. Daran kann man sehen, dass Putin nicht nur den Beitritt neuer Länder zur NATO blockieren, sondern auch langjährige Mitgliedstaaten aus dem Bündnis herauslösen will. Vor Ausbruch des Krieges war die slowakische Bevölkerung in Bezug auf Putins Russland gespalten: Noch im Januar 2022 gaben 44 Prozent der Slowaken den USA und der NATO die Schuld an der Eskalation des Konfliktes, nach Kriegsbeginn sahen 62 Prozent bei Russland die Schuld. 30 Prozent sehen jedoch weiterhin die NATO als Kriegstreiber³. Die liberale Präsidentin Zuzana Čaputová und Premier Eduard Heger machten dagegen Russland für die Eskalation des Konfliktes mit der Ukraine verantwortlich und beharren auf der (ausgebauten) NATO-Präsenz in der Slowakei. Mitte März lieferte Bratislava der Ukraine S-300 Boden-Luft-Raketensysteme, die in den 1970er Jahren in der Sowjetunion produziert wurden und für die Ukraine sehr wertvoll sind, weil sie dort problemlos bedient werden können.

Den interessantesten Fall stellte zur Jahreswende 2021/22 Polen dar. Das Land gehörte 2014 zu den diplomatisch aktivsten Ländern im Russland-Ukraine-Krieg und unterstützte die Ukraine mit Krediten. Der Außenminister reiste mit seinen deutschen und französischen Kollegen des »Weimarer Dreiecks« nach Kiew, die außenpolitische Koordinierung zwischen Berlin und Warschau funktionierte gut. Das Ziel war, der Ukraine die Chance der nationalen Selbstbestimmung und des Demokratieaufbaus zu geben, und sich gegen Kleptokraten wie Viktor Janukowytsch zu wenden, die den Einfluss Russlands in der Ukraine sichern wollten. Allerdings ist der polnische Nationa-

lismus der Zwischenkriegszeit, auf den die PiS im Konflikt mit der EU zurückgefallen war, eben nicht nur antideutsch und antirussisch, sondern auch antiukrainisch. Da eine offen prorussische Positionierung in Polen kaum möglich ist, blieb es bei der russlandkritischen Rhetorik, zugleich betrieb die PiS aber eine antiukrainische Außenpolitik. Erst als der Druck der öffentlichen Meinung, der polnischen Opposition und der NATO-Partner wuchs, entschloss sich die PiS-Regierung, Munition an die Ukraine zu liefern und ein besonders hartes Einschreiten der NATO zu fordern. Die polnische Regierung stellte sich zuletzt gern als Antreiber der harten Linie gegenüber Russland dar, vor allem gegenüber den »Bremsern« Deutschland und Frankreich, während Ungarn interessanterweise nicht in dieser Kategorie eingeordnet wird. Zugleich unternimmt aber Warschau nicht viel, was Russland zusätzlich schwächen könnte. Die Regierungssprecher rufen immer Verschärfung der Sanktionen gegen Russland, aber in Polen wurde bis Ende März kein russisches Kapital eingefroren und es wurden keine eigenen Sanktionen im Energiebereich verhängt, anders als in Litauen, das mittlerweile gänzlich auf russisches Gas verzichtet. Die Einfuhr von russischer Kohle sollte erst nach der Heizsaison im Mai gestoppt werden, wenn sie in Privathaushalten nicht mehr benötigt wird und Unternehmen auf heimische Kohle zurückgreifen können. Bei neuen Sanktionen gegen Russland versteckt sich Polen hinter der Notwendigkeit innerhalb der EU und der NATO zu agieren.

Die Aussagen und Aktivitäten des Premierministers Morawiecki wie auch des eigentlichen Machthabers Kaczyński richten sich am innenpolitischen Nutzen aus; in der Kriegszeit können sie von innenpolitischen Skandalen wie dem Pegasus-Überwachungsskandal ablenken und das Einfrieren der Gelder aus dem EU-Wiederaufbaufonds übertünchen. Auf dieser Motivlage gründete das Treffen der beiden polnischen Spitzenpolitiker in Kiew mit Selenskyj, gemeinsam mit dem tschechischen Premier Fiala und Sloweniens Premierminister Janša am 16. März 2022. Letzterer war bis zum 24. Februar noch als überzeugter Putin- und Orbán-Fan aufgetreten, danach gewandte er sich als russlandkritischer Staatsmann, der die Emotionen der slowenischen Unabhängigkeit von 1991 gegenüber Serbien heraufbeschwor. PiS denkt angesichts der wankenden Parlamentsmehrheit offenbar an vorgezogene Wahlen. Nach dem ungarischen Vorbild

soll der Krieg die Chancen verbessern, als bewährter Beschützer der Nation bestätigt zu werden.

Diese Veränderung der Visegrád-Connection ändert nichts an der Dynamik der Autokratisierung. Die Chancen der Opposition sind rapide gesunken, auch wenn parlamentarische und zivilgesellschaftliche Alternativen nicht so umfassend unterdrückt werden können wie in Russland. Zu erklären ist hier, welcher gesellschaftliche Nährboden die Autokraten so stark und populär gemacht hat und wo die Schwächen der (zersplitterten) Opposition liegen; ihre politische Kraftlosigkeit ist auch selbstverschuldet, weil es selten gelang, die demokratischen Kräfte der Linken und Liberalen zu einigen und zu sammeln. Und wenn sich, wie in Ungarn, Oppositionsparteien einigen, verweigert ihnen eine zunehmend desinformierte und eingeschüchterte Wählerschaft vor allem auf dem Land die Gefolgschaft. Folgerichtig punktete der Putin nahestehende Orbán mit der Behauptung, dass er Ungarn vor den Folgen des Ukrainekriegs bewahren werde. Seinen Triumph haben die urbanen Millennials und die Aufdeckung der Schwächen des Regierungshandelns in der Covid-19-Pandemie nicht verhindert, die übrigens die anhaltende Abhängigkeit der Visegrád-Länder von der Europäischen Union sichtbar gemacht hat.

Die EU hat ungewollt zur Formierung der V4-Connection beigetragen. Viel zu spät und zögerlich haben die EU-Institutionen auf die Entdemokratisierung reagiert und sehen sich nun einer abwechselnden und schwer überwindbaren Vetoposition Ungarns und Polens gegenüber. Offiziell kann die EU nicht zugeben, dass Ungarn keine Demokratie mehr ist, denn laut EU-Vertrag können nur Demokratien Mitglieder sein. Mit einer oder mehreren elektoralen Autokratien müssten EU-Entscheidungen als illegal und demzufolge ungültig angesehen werden. Auch deshalb und trotz deutlicher Unterschiede in der Positionierung gegenüber Russland halten die Autokraten der V4 zusammen. Nach dem Sieg von Fidesz am 3. April 2022 bekam Orbán Glückwünsche nicht nur von Putin, sondern auch von Janša, von bösen Zungen als »der kleine Orbán« bezeichnet. Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro gratulierte Orbán auf Twitter und der Parlamentspräsident von PiS-Gnaden, Ryszard Terlecki, hat der Presse gegenüber gesagt, dass PiS selbstverständlich mit Fidesz weiterhin ko-

operieren werde – ungeachtet dessen, dass Orbán kurz nach der Wahl, die russische Verantwortung für die Kriegsverbrechen in Butscha in Frage stellte und Putin nach Budapest einlud. Auch hier ist die Frage, ob sich Polen, das an der Spitze der Unterstützung für geflohene Ukrainer steht, davon einen Deal mit der EU erhofft, die Haushaltsmittel deblockieren und die Rechtsstaatsverfahren dilatorisch behandeln soll. Wie stabil die korrupten Netzwerke selbst im Flüchtlingselend sind, zeigt eine Episode aus der Slowakei, wo Innenminister Roman Mikulec den Auftrag für die Einrichtung eines Aufnahmelagers in Höhe von 2,5 Millionen Euro an eine ihm nahestehende Firma vergeben haben soll (FAZ, 30.03.2022).

Die Spaltungs- und Konfliktlinie der V4 ist nur eine von mehreren: Außerdem gibt es die Nord-Süd-Spannung zwischen den »frugalen Vier« (Österreich, Dänemark, Niederlande und Schweden), die auf Budgetdisziplin drängen und gegen jede Vergemeinschaftung von Schulden eintreten, das heißt gegen die südeuropäischen Staaten opponieren. Ferner sind da die Befürworter von Exit-Strategien, die 2020 im Brexit Wirklichkeit geworden sind und erstmals statt Erweiterung eine Schrumpfung der EU zeitigten. Schließlich finden sich die Fürsprecher »variabler Geometrien« und »unterschiedlicher Geschwindigkeiten« der Integration, die sich wieder auf die Erstunterzeichner der Römischen Verträge und eine deutsch-französische Achse beschränken wollen. Am Horizont steht nach den Wünschen dieser Bremsnationen eine intergouvernemental gesteuerte Freihandelszone ohne jedwede gemeinsame Wirtschafts-, Währungs-, Fiskal- und Sozialpolitik, die mehr als bisher als europäische Sicherheitsgemeinschaft und als Garant gegen Russland an den Außengrenzen agieren soll sowie als Bündnis gegen den Terrorismus und zur Abwehr von nicht-europäischer Migranten. Die »Zeitenwende« wird zeigen, ob sich Putin am Ende als Einiger Europas erweisen wird, oder ob nach einer wie auch immer gearteten Beruhigung der Ostflanke von NATO und EU die antidemokratischen Netzwerke intakt bleiben, die Orbán, Zeman und Company gesponnen haben.

Letzten Endes kann die V4 trotz der immensen außenpolitischen Unterschiede weiterhin als ein »Club für gegenseitige Hilfe unter Autokraten« in der EU fungieren, der eine schützende Hand bei »Problemen« mit Brüssel über seine Mitglieder hält. Trotz des Ukrainekriegs

setzt die polnische Regierung ihre Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit fort. PiS-Loyalisten werden weiterhin als neue Richter berufen, die Disziplinarkammer des Obersten Gerichts arbeitet trotz der täglichen Millionenstrafe weiter, mit der sie durch den EuGH belegt wurde. Am 5. April 2022 blockierte Polen den EU-Kompromiss über die globale Mindeststeuer für Unternehmen – ein Versuch, die EU unter Druck zu setzen und die Mittel des Wiederaufbaufonds freizubekommen. In dieser Hinsicht ändert der Ukrainekrieg wenig und die EU muss nun endlich härter und wirksamer mit der Negativkoalition umgehen.